

Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Planungsausschusses vom 26.05.2011

Gesamtzahl der Mitglieder: 31 Mitglieder

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder: 30 Mitglieder

TOP 11

Aus- und Neubau der Rheintalbahn

hier: Resolution zum „Schutz der Bevölkerung vor Gefahrgutunfällen“

- *beschließend* -

Wortmeldungen: **Verbandsvorsitzender Neideck**, **VM Störr-Ritter**, **VM Guderjan**,
VM Prof. Dr. Dr. Essmann, **Fraktionsvorsitzender Friebis**, **VM**
Ehret, **VM Metz**

Er sei der Geschäftsstelle sehr dankbar, so **Verbandsvorsitzender Neideck**, dass sie das Thema innerhalb so kurzer Zeit nach den Ereignissen in Müllheim aufgegriffen und man heute eine Resolution vorliegen habe. Ihm sei bewusst, dass man diese Resolution auch falsch verstehen könne und darin ein weiteres Argument für eine - wie auch immer definierte Trassenvariante - sehe. Er müsse ganz deutlich sagen, dass dies nicht das Anliegen der Resolution sei. Vielmehr solle deutlich gemacht werden, dass bei den Planungsüberlegungen der Bahn hier am Oberrhein das Thema „Gefahrgut“ nicht hinreichend in die Diskussion eingebracht worden sei. Mit den Ereignissen in Müllheim habe man jedoch vor Augen geführt bekommen, dass dieses Thema eine größere Wertigkeit haben müsse als dies bisher der Fall gewesen sei. Die Resolution diene dazu, dieser Wertigkeit ein neues Gewicht zu geben.

VM Störr-Ritter führt aus, dass man in Müllheim knapp an einer Katastrophe vorbeigeschliddert sei. Wer vor Ort gewesen sei und gesehen habe, was dieser Unfall an Auswirkungen gehabt habe, dem sei dieses Thema in seiner ganzen Bedeutung klar geworden. Bislang habe man beim Aus- und Neubau der Rheintalbahn die Themen Lärmschutz, Flächenverbrauch und Umwelt prioritär behandelt. Das Thema „Sicherheit für die Bevölkerung“ müsse unbedingt ebenfalls aufgegriffen werden. Die CDU-Fraktion schließe sich der Resolution an, wobei die Kernpunkte sicherlich die Ziff. 4 und 6 seien. Man beantrage deshalb, die Ziff. 5 aus der Resolution herauszunehmen, um genau das zu verhindern, was **Verbandsvorsitzender Neideck** eingangs angesprochen habe. Gewisse Festlegungen der Trasse über diese Resolution sollten vermieden werden, solange die Diskussionen vor Ort noch im Gange seien. Die Wiederholung der Kernforderungen sei ihres Erachtens in dieser Resolution völlig unnötig, denn die Kernforderungen hätten aus ihrer Sicht noch ganz andere Begründungen. Sie halte es

für wirklich wichtig, sich hier ausschließlich auf den Sicherheitsfaktor zu beziehen. Dies werde dann umso deutlicher.

VM Guderjan schließt sich dem Dank an die Verwaltung für die schnelle Reaktion nach dem Güterzugunglück am letzten Freitag und die konsequente Begleitung des Themas an. Das Thema „Gefahrgut“ werde von den Kommunen, die eine autobahnparallele Trasse bevorzugen, und den Bürgerinitiativen immer wieder in den Vordergrund gestellt. Die Bahn folge dem aus leicht nachvollziehbaren Gründen leider nicht so wie man dies gerne hätte. Nach dem Gefahrgutunfall in Müllheim müsse allerdings auch dem Letzten klargeworden sein, dass Güterverkehrsgefahrentransporte durch Wohngebiete mit Risiken verbunden seien. Auch müsse man sich vergegenwärtigen, dass sich die Anzahl der Güterzüge und damit auch das Risiko verdoppeln werde. Seines Erachtens sollte deshalb der Resolution - wie eingebracht - zugestimmt werden. Die Fraktion der Freien Wähler werde mehrheitlich dem Beschlussvorschlag zustimmen. In einem Fall werde ein Kollege dies aus sachfremden Erwägungen nicht tun.

Bei einem Gefahrgutunfall handele es sich um eine schwierige Situation, so **VM Prof. Dr. Dr. Essmann**. Er dürfe allerdings daran erinnern, dass Gefahrguttransporte nicht nur auf der Schiene, sondern in viel größerem Umfang über die Straße abgewickelt werden. Er finde es nicht fair, diesen Unfall zum Anlass zu nehmen, jetzt wieder ein Votum für die Antragstrasse im Vorfeld der Untersuchungen der beiden Trassenvarianten abgeben zu wollen. Im Übrigen dürfe er daran erinnern, dass die Trasse irgendwann im besiedelten Basel ende. Dem Grunde nach müsste dann dort auch eine Umfahrung gefordert werden. Er könne sich nicht vorstellen, dass sämtliche Gefahrguttransporte auf der Schiene außerhalb von Gemeinden und Orten geführt werden können. Die Forderung müsse deshalb sein, die Sicherheitsvorkehrungen noch mehr zu verstärken, zumal beim Unglück in Müllheim wohl ein technischer Fehler vorgelegen habe. Es sollte jetzt keine Diskussion geführt werden, die bereits konsensual geführt worden sei. Es gelte die Untersuchungen zu den Trassenvarianten abzuwarten, um dann eine Entscheidung auf der Grundlage aller Kriterien zu treffen, die abgewogen werden müssten. Die Sicherheit sei dann natürlich eines dieser Kriterien. Er plädiere vor diesem Hintergrund dafür, die Ziff. 5 aus der Resolution herauszunehmen.

Fraktionsvorsitzender Friebis sieht viele berechtigte Punkte, weshalb man Ziff. 5 in der Resolution behalten sollte. Er selbst würde ihr zustimmen, da gerade bei Neubauvorhaben - wenn möglich - Gefahrguttransporte aus den Ortslagen herausgenommen werden sollten. Dass dies in vielen Orten nicht gehe, sei auch klar. Dies könne jedoch keine Begründung dafür sein, dies nicht zu fordern. Um jedoch eine große Mehrheit für die Gesamtresolution zu bekommen, sollte über die Ziff. 5 im Vorfeld abgestimmt werden.

Die Sicherheit habe selbstverständlich oberste Priorität, so **VM D. Ehret**, dennoch würde die FDP-Fraktion die Ziff. 5 in der Resolution belassen. Dort wo es möglich sei, die Gefahrguttransporte nicht durch die Städte zu führen, sollte es zwingend auch nicht gemacht werden. Die Bürgerinitiativen und Städte in der Region hätten dies schon immer gefordert. Bei der Bahn habe man diesen Ruf aus bekannten Gründen nur nie hören wollen.

Die Frage sei hier, ob man eine Resolution zum Thema „Sicherheit auf der Schiene“ oder die Wiederholung eines alten Bekenntnisses wolle, so **VM Metz**. Wenn man für die Sicherheit plädiere, sollte man die Resolution ohne Ziff. 5 verabschieden. Sofern man alte Bekenntnisse wiederholen wolle, müsse man sie drinlassen. Er wolle jedoch noch einige Sätze sagen, weshalb man der Ziff. 5 definitiv nicht zustimmen könne. Es seien nicht immer nur „sachfremde Erwägungen“, die zu einer eigenen Meinung verleiten, sondern auch die Meinung, die 27 Jahre in diesem Gremium vertreten worden sei. Die Gemeinde Kippenheim habe beispielsweise täglich 20.000 Fahrzeuge auf der B3, an der südlichen Ortseinfahrt eine abschüssige Strecke und 4 S-Kurven durch die Gemeinde. Seit Jahrzehnten warte man dort auf eine Umfahrung. Diese hänge an der Umsetzung der Antragstrasse. Durch die neu entstandene Diskussion sei das Planfeststellungsverfahren ausgesetzt worden. Die Chance für Kippenheim, diese Gefahr aus dem Ort zu verbannen, hänge genau mit dieser Diskussion zusammen. Hier von sachfremden Erwägungen zu sprechen, halte er für sehr bedenklich. Allerdings lebe man zwischenzeitlich damit, dass es „Gutmenschen“ gebe, die für die Autobahntrasse seien und offensichtlich Menschen mit einer „anderen moralischen Position“. Kein Mensch hier wisse, wie es mit dem Betriebskonzept weitergehe. Die Bahn lasse sich hier nicht in die Karten schauen. Selbst wenn sie an die Autobahn „rausgehen“ würde, sei nicht gewährleistet, dass sie nicht die um 2 Kilometer kürzere und damit billigere Strecke durch die Ortschaften für Güterverkehr nutzen würde. Ein zusätzlicher Aspekt an Sicherheit würde damit nicht erreicht. In diesen Wochen und Monaten würden offen die alternativen Trassen an der Autobahn geprüft. Wenn dies wirklich ernst gemeint sei, dann sollte nicht jetzt schon wieder eine Festlegung getroffen werden, nur weil in Müllheim dieses schreckliche, zum Glück nicht schlimmer gewordene Unglück passiert sei. Deshalb bitte er darum, etwas zum Thema „Gefahrguttransporte“ zu sagen und die Ziff. 5 aus der Resolution herauszunehmen.

Eine Resolution, die Wirkung zeigen solle, so **Verbandsvorsitzender Neideck**, habe nur Sinn, wenn man eine weitestgehend große Mehrheit habe. Über die Trassenführung sei man sich nicht einig, habe aber bereits ein klares Votum hierzu im Regionalverband. Man wolle hier das Thema „Gefahrgut“ aufnehmen. Wenn er die Situation richtig einschätze, bekomme man für die Resolution ohne die Ziff. 5 eine große Mehrheit. Insgesamt könne man mit dem Ergebnis dann sehr zufrieden sein, weil das Kriterium auch auf die Tagesordnung des Projektbeirates aufgenommen werden solle.

VM Störr-Ritter ergänzt, dass man bei Beibehaltung der Ziff. 5 viel weitergehen müsste. In diesem Fall müsste beispielsweise auch die „Bürgertrasse“ oder die niveaufreie Anbindung an den Katzenbergtunnel aufgenommen werden.

Das Gremium stimmt über die Resolution ohne die bisherige Ziff. 5 ab. (Die bisherigen Ziff. 6 und 7 werden neu zu Ziff. 5 und 6)

Beratungsergebnis des Planungsausschusses

Vor dem Hintergrund des schweren Güterzugunfalls am 20.05.2011 im Bahnhof Müllheim/Baden verabschiedet der Planungsausschuss die als **Anlage 8** zu diesem Protokoll beigefügte Resolution.

(einstimmiger Beschluss)